

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 483.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Belegpreise für Halle u. Sorota 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Preis 5 Pfennig. Halle'scher Courer (tägl. Beilagenblatt), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Bandw. Mittelungen.

Erste Ausgabe

Beleggebühren f. d. festschaltene Beilagen oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf. Posten am Schluß des redaktionellen Teils die Stelle 100 Pf. Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272. Eing. Gr. Braunhaustr. Verleger: Dr. Walter Gebenleben in Halle a. S.

Freitag, 15. Oktober 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Defensionstraße 14. Telefon Amt VI Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Zur Reichstagswahl in Halle-Saalkreis.

Die Sonderkandidatur Grede soll leider aufrecht erhalten werden. Uns geht es eben von dem Vorstände des „Bundes der Handwerker“ in Friedenau-Berlin, gezeichnet G. Voigt, ein Schreiben zu, in welchem es u. a. heißt:

Die Vertrauensmännerversammlung des Bundes für den Wahlkreis Halle-Saalkreis hat am vergangenen Sonntag, den 11. u. 12. in Halle einstimmig beschlossen, den Klempnermeister Herrn Grede in Halle als Kandidaten des Bundes der Handwerker bezw. des Mittelstandes aufzustellen. Da dieser Beschluß ein jagungsmäßiger ist, so befragen wir denselben hiermit und proklamieren Herrn Klempnermeister Grede zum Bundeskandidaten; die Organisation des Bundes im vorzigen Wahlkreise wird in den Wahlkampf erklärt.

Es wird dann noch mitgeteilt, daß demnächst auch mit Wahlkommittungen voranzugehen werden soll. An einen Sieg glaubt der Vorstand des Bundes der Handwerker von vornherein selber nicht, denn sonst würde er nicht am Schluß seines Schreibens den Wunsch ausprechen, daß der Erfolg für Herrn Grede „zu einem Leistung gebietenden“ sich gestalten möge. Es ist also wirklich lediglich nur die Absicht einer Kandidatur vorhanden!

Der Aufsicht des Vorstandes des Bundes der Handwerker gegenüber weisen wir darauf hin, daß die großen politischen bürgerlichen Parteien bereits förmlich und feierlich die Erklärung abgegeben haben, daß sie alle für den Kandidaten des Vereins der Liberalen, Herrn Reimann, mit aller Energie einzutreten werden. Leicht ist den Mitgliedern der rechtsstehenden Parteien dieser Entschluß nicht geworden. Aber wer unseren Wahlkreis kennt, weiß, daß zurzeit keine Aussicht vorhanden ist, einen anderen Kandidaten als den Liberalen gegenüber der Sozialdemokratie zum Siege zu führen. Unsere erste Pflicht aber ist es, dafür zu sorgen, daß das rote Banner nicht wieder über unserem Wahlkreise aufgespannt werde. Jede Zerspaltung im bürgerlichen Lager erschwert den Kampf und ist deshalb auf jeden Fall zu vermeiden. Wir stehen prinzipiell durchaus sympathisch einer Sonderkandidatur gegenüber; für die gegenwärtige Wahlkampagne aber halten wir sie für einen schlimmen Fehler. Sie wird nichts sein wie eine aussichtslose Kandidatur, zumal, wie gesagt, die meisten bürgerlichen Stimmen bereits gebunden sind. Sie bringt nur Verwirrung und Unlust ins bürgerliche Lager und leistet dadurch — wenn auch unbewußt — der Sozialdemokratie Vorkampfbienste.

Für Halle-Saalkreis müssen alle Erwerbsgruppen ihre Sondernünsche für diesmal völlig unterdrücken. Für diesmal kann und darf es nur eine Parole geben: Gegen die Sozialdemokratie! Wenn irgend eine Bevölkerungskategorie nichts von dem freisinnigen Herrn Reimann zu erwarten hat, so ist es die Landwirtschaft. Und unsere Landwirte werden ihn dennoch wählen! Wollen sich unsere Handwerker von ihnen an Opferfreudigkeit belächeln lassen? Nein und abermals nein. Die konservativen Handwerker wenigstens werden es ganz bestimmt nicht tun! Für später wird eine Mittelstandskandidatur gewiß ins Auge zu fassen und auszuwärmen zu beabsichtigen sein. Aber für sie wird lange und eindringlich der Boden bereitet werden müssen, und das kann nur im engen Anschlusse an die konservativ gerichteten Parteien geschehen. Für jetzt kann jede Sonderkandidatur nur der nationalen und Ehrenpflicht des Wahlkreises Halle-Saalkreis: „Wieder mit der Sozialdemokratie ein Hindernis sein! Darum muß für diesmal auf alle Fälle die Parole der bürgerlichen Wähler vom äußersten rechten bis zum äußersten linken Flügel lauten: „Keinerlei Zerspaltung! Keinerlei Sonderkandidatur! Keinerlei Wahlenthaltung! Alle Mann an Bord gegen die rote Partei, für die Kandidatur Reimann!“

Des Kanzlers Konzepte.

Bermutlich in dem Glauben, daß es in der an Senationen verschiedener Art überredeten Gegenwart auch auf dem Gebiete der deutschen auswärtigen Politik an einer Senation nicht fehlen dürfte, hat die „Vormittagsblätter Landeszeitung“ die beachtliche Stelle des Reichskanzlers nach Rom zum Gegenstand einer Be-

trachtung gemacht, die den Anschein zu erwecken sucht, als ob etwas Besonderes, das zu allerlei Mutmaßungen Anlaß geben müßte, sich ereignet hätte. U. a. wird gesagt, daß eine „Abgabe“ oder ein „Widerruf“ der Konzepte erfolgt sei. Das ist völlig irrig. Die Sache liegt ganz einfach. Der Reichskanzler hatte, wie die B. V. R. offiziös mitteilen, beabsichtigt, ebenso wie nach Wien auch nach Rom zu gehen. Ein Zeitpunkt war überhaupt noch nicht fixiert. Konventioneller Weise war die Zeit nach Mitte November in Anregung gebracht, da erst dann der König in Rom sein werde. Um diese Zeit ist aber der Reichskanzler doch nicht auf abkömmlich. In die Mitte des November fällt der Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit, die Herr von Bethmann Hollweg im Reiche wie in Preußen als Reichskanzler und Ministerpräsident, zum ersten Male in diesen Stellungen, vorzubereiten hat. Bei einigermaßen objektiver Beurteilung der Sache hätte ein Mißverständnis oder eine Mißdeutung der Gründe, die die Reise des Kanzlers nach Rom zu einem späteren Zeitpunkte zweckmäßig erscheinen ließen, ausgeschlossen sein sollen. Daß die Reise des Reichskanzlers mit der Italienreise des Zaren nicht das geringste zu tun haben kann, liegt auf der Hand. Nichts ist vorgefallen, was zu geheimnisvollen Andeutungen und Unterstellungen Anlaß bieten könnte. Wer ernsthafte Politik treiben will, wird über ein Gerücht, das auf den ersten Blick Sensationslust und Wichtigkeitsverrat, zur Tagesordnung übergehen.

Die Ueberlastung des Reichsgerichts.

Zu den neuesten Vorschlägen für eine Abhilfe der Ueberlastung des Reichsgerichts schreibt man uns: Der Gedanke, die Ueberlastung dadurch zu beseitigen, daß etwa alle zehn Jahre Revisionen gebildet werden, welche die inzwischen angefallenen Revisionssachen ausarbeiten, dürfte wohl zweifellos keine Aussicht auf Verwirklichung haben, denn dieses Hilfsmittel würde die vorhandene Ueberlastung nur in sehr unvollkommenem Maße beseitigen und dabei der Forderung zur Erhaltung der Einheitlichkeit in der Rechtsprechung des Reichsgerichts keineswegs gerecht werden. Denn tagtäglich handelt es sich dabei doch nur um eine wenn auch vorübergehende Vermehrung der Senate, die nach Ansicht aller namhaften Juristen im Interesse der Einheitlichkeit vermieden werden muß. Die Bildung von Hilfsinstanzen kommt einer Schaffung neuer oberinstanzlicher Senate in ihrer unzulässigen Wirkung nahezu gleich, ohne den gegenwärtigen Zustand wirksam zu bessern. Es wäre eine halbe Maßregel, eine Vertagung der wirklichen Reform, zu der kein Anlaß vorliegt. Denn über die vorhandenen Möglichkeiten zu einer Entlastung des Reichsgerichts kann doch heute kein Zweifel mehr bestehen, nachdem die Frage seit einem Jahr Gegenstand von Beratungen der zuständigen Instanzen gewesen ist. Die Reichsregierung hat die Einbringung der Zivilprozessreform, in der die Reichsgerichtsfrage entschieden wird, für den kommenden Winter zugesagt. Und wenn auch durch die besonderen Verhältnisse des vergangenen Sommers die Arbeiten in den Reichsressorts manche Verzögerung erlitten haben, so ist doch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Vorlage nicht kommen wird, durch welche die Entlastung des Reichsgerichts endgültig gelöst wird. Mit Rücksicht auf die Nähe dieses Zeitpunktes erscheinen daher Vorschläge, die doch nur eine Vertagung der Frage bedeuten, wenig zweckdienlich.

Zur Durchführung der Finanzreform.

Wenn in einem Teile der Presse jüngst zu lesen war, daß mit dem 1. Oktober d. J. die letzte Bestimmungen des Gesetzeskomplexes der jüngsten Finanzreform zur Durchführung gekommen seien, so ist das, ganz abgesehen von dem in mehreren Gesetzen für die Ausführung von Einzelheiten vorgesehenen längeren Fristen, mindestens drei Vorschriften nicht in Betracht gezogen. Zunächst die Vereinfachung der Unfallversicherungsvorschriften im sogenannten Finanzgesetz, Bekanntlich lehnt bisher die Selbstverwaltung die von den Versicherungsgesellschaften und sonstigen Trägern der Unfallversicherung zu zahlenden Renten teilweise auf eine längere als Jahresfrist aus. Dadurch werden die Betriebsmittel des Reichs außerordentlich in Anspruch genommen, das Reich hat die Summen auch zu versetzen. Das wird mit dem 1. Januar 1910 anders werden. Von da ab können die Träger der Unfallversicherung zur Hinterlegung von Betriebsfonds angehalten werden und werden es auch. Diese Bestimmungen sind ebenso wie die über die Vereinfachung der Betriebsmittel des Reichs durch die Gewinne aus den Silberverprägungen zur Besserung der Betriebsfondsverhältnisse im Reiche beitragen und namentlich die Verringerung der Ausgabe von Schatzanweisungen herbeiführen. Zudem ist noch eine Bestimmung des neuen Reichsfinanzgesetzes anzuführen. In die Reichsfinanzgesetzgebung ist in der kurzen Reichstagsperiode die Zeit des Ablaufs der vorigen Reichstagsperiode

nicht mehr eingeführt werden konnte, wurde wenigstens in das Reichsfinanzgesetz die Vorschrift aufgenommen, daß bis zum 1. April 1911 dem Reichstage ein Gesetzesentwurf über die Wertzuwachssteuer vorgelegt werden müßte, durch den eine neue Einmalige von mindestens 20 Millionen Mark verburgt würde. Hier sieht sich also eine in einem der letzten Finanzreformgesetze gegebene Frist bis in das zweifelhafte Jahr hinein. Noch länger ist der Zeitpunkt hinausgeschoben, bis zu dem die Ermäßigung der Zuckersteuer erfolgen soll. Bekanntlich bestimmte ein besonderes Gesetz, daß die Zuckersteuer um etwa 35 Millionen Mark ermäßigt werden sollte, sobald neue Reichssteuern in entsprechendem Betrage bewilligt wären. Im neuesten Finanzgesetz ist diese Anordnung aufgehoben, dagegen der Zeitpunkt für die Herabsetzung der Zuckersteuer auf den 1. April 1914 festgesetzt. Man erieht also, daß es noch etwas lange dauern wird, bis die letzte Anordnung im Gesetzeskomplex der jüngsten Finanzreform zur Ausführung gebracht sein wird.

Die deutschen Großstädte nach der letzten Volkszählung.

Das soeben erschienene Heft 1 der „Statistik des Deutschen Reichs“ enthält die grundlegenden Ergebnisse der Volkszählung für die Großstädte des Reichs insgesamt und für jede der 42 Großstädte, d. h. der Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Die Gesamtbölkereung der 42 Großstädte zusammen betrug 1907 11,79 Millionen gegenüber 7,03 Millionen bei der vorhergehenden Volkszählung 1895. Das ist eine Steigerung des Anteils der Großstädter an der Bevölkerung des Reichs von 13,58 v. H. auf 19,11 v. H. Von den 11 792 019 Personen in den Großstädten waren 4 982 563 hauptsächlich Erwerbstätige und 701 584 Beruflose, zusammen 5 684 147 Erwerbstätige und Beruflose, denen sich 6 107 872 Angehörige ohne eigenen Hauptberuf und häusliche Dienende im Haushalt der Selbständigen angeschlossen. An Berufsangehörigen (d. h. Erwerbstätigen) mit den von ihnen ernährten Dienenden und Angehörigen entfielen in den Großstädten insgesamt nach der neuesten Zählung 6 089 282 Personen auf 3 v. H. der freien einstädtlichen Bevölkerung und 3 065 381 auf Handel und Verkehr, 1 142 230 auf die Klasse der Berufslosen, 1 020 898 auf die den öffentlichen und freien Berufen einschließliche Heer und Flotte angehörigen Personen, sodann 334 154 auf Lohnarbeit wechselnder Art und — als kleine Gruppe — 140 074 auf Landwirtschaft und Gärtnerei. Werden die großstädtischen Berufsangehörigen jeder Berufsabteilung in Beziehung gesetzt zu den Berufsangehörigen der einzelnen Berufsabteilungen im Reiche, so zeigt sich, daß in Großstädten ermittelt wurden 23 v. H. der von der Industrie ernährten Reichsbevölkerung, 37 v. H. der vom Handel lebenden und 42 v. H. der zur Lohnarbeit wechselnder Art wie persönlicher Dienstleistungen gehörenden Personen. Für die Schicht der zu den öffentlichen und freien Berufen gehörenden Personen beträgt der Anteil der Großstädte 30 v. H. für die Klasse der Berufslosen 22 v. H.

Ein lehrreicher Prozeß.

In Berlin ist am Montag ein Schriftsteller, der sich einst einer einflussreichen Stellung erfreute, wegen Erpressung um 1 1/2 Jahren Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust verurteilt worden. Er war Mitarbeiter des vom Reichstagsabgeordneten Bruhn herausgegebenen und fast ausschließlich in Berlin durch Straßenhandel verbreiteten Wochenblattes „Die Wahrheit“.

Der Prozeß ist lehrreich und er wird Nutzen stiften, wenn nur alle Beteiligten und ihrer sind viele — aus ihm die rechte Anschauung zu ziehen die Kraft finden. Die „Tägliche Rundschau“ heißt das Bienen und die Unterstützung der Wäcker vom Schlage der „Wahrheit“ ein traurig stimmendes Barometer der politischen Bildung des erleuchteten Berliners und sie sieht damit einen großen Teil der reichshauptstädtischen Bevölkerung nicht unzutreffend ein. Drei Faktoren sind es, die dem Giftbaum der Revolver- und Sensationspresse Dinger zutreiben. Die einen geben Geld, damit bestimmte Angelegenheiten vom Sensationsblatt nicht ausgelacht werden; sie schaffen damit meist eine Straube ohne Ende, halt den ersten Erpressungsversuch sofort mit der Anzeige beim Staatsanwalt zu beantworten. Andere halten es mit der Propaganda; sie geben Annoncen auf, um zu verhindern, daß ein etwaiges Stäubchen auf dieselbe einem einzigen Kade ihrer Geschäftsmaschinerie publizistisch behandelt werde. Auch die dritten zahlen, wenn auch nur einen Pfad, aber viele Wenig geben ein Viel. Man kann es ja in den Straßen Berlins tagtäglich beobachten: Sensationelle Enthüllung über . . . mit der Straßenhändler und automatisch liefert der Rundfunkübernehmer seinen Kunden ab. So ist wohlfast nicht die Presse an sich daran schuld, daß ein Blatt wie die „Wahrheit“ „Wahrheit“ aufkommen und als lukratives Unternehmen bestehen konnte. Tausende von

Intensivstärkern Berliner sind misslich. Saran. Ihnen haben jetzt die ausführlichen Berichte der Tagespresse die Augen geöffnet und es bleibt abzuwarten, ob sie nunmehr ihre Stimme rechtzeitig zum Ausdruck bringen oder ob ihre fälschliche Neutralität durch die widerliche Sentimentsprelle schon völlig untergraben ist.

Gegen den Versuch, der „Wahrheit“, den der Reformpartei angehörigen Reichstagsabgeordneten Bruhn, hat die Staatsanwaltschaft ebenfalls die Verurteilung wegen Volllendet und verurteilt. Erpressung eingeleitet. Man wird den Ausgang abwarten müssen. Jedenfalls aber hat die „Deutsche Volkstrotz“ schon jetzt Recht, wenn sie schreibt:

„Der Staatsanwalt nannte die „Wahrheit“ verwerflich und ihre Tendenzen heillos und der Gerichtsbescheid ist nicht, daß das Wort auch in seinen relationalen Teile fälschlich sei und vom Publikum als Verhöhnung erachtet werde. Wer sich als Verleger solche Unachtsamkeit seines Wortes und als ein solches lassen, leidet kaum an übertriebenem Empfinden, wenn er nach dieser moralischen Verurteilung noch länger Mitglied des Reichstages bleibt. Selbst der so bitter nötige Kampf gegen die Reformhäuser wird als lächerliche Gegeben, wenn die „Wahrheit“ diesen Kampf in der Weise führt, daß sie in den einen Reformhäuser Verurteilung zum Anlass nimmt, den anderen Interzessionsaufträge entgegenzunehmen. Offenbar ist es nicht zu tun schon aus politischen Rücksichtgründen erforderlichen Entschuldigungen.“

Der „Deutsche Antifeminismus“ veröffentlicht folgende Erklärung gegen den Reichstagsabgeordneten Bruhn und dessen Blatt „Die Wahrheit“:

„In der freimütigen und sozialdemokratischen Presse wird der Reichstagsabgeordnete Bruhn vielfach als Antifeminist hingestellt. Wir erklären dazu, daß Bruhn nicht Antifeminist, sondern der Deutsche Antifeminismus, bereits jetzt haben jegliche Beziehungen zu Bruhn gelöst. Der Grund dafür war das einseitige Verhalten des Herrn Bruhn bei der Aussprache der „Wahrheit“. Bruhn hat ursprünglich versprochen, die „Wahrheit“ als ein nationales Blatt erscheinen zu lassen. Dieses Versprechen hat Herr Bruhn nicht gehalten. In der Tendenz des Blattes sind ihm von Antifeministen die ersten Verhaltungen gemacht worden. Insbesondere hat der Deutsche Antifeminismus Herrn Bruhn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß der Bund die Tendenz der „Wahrheit“ für eine unehrenhafte und schändliche hält. Als Herr Bruhn alle Hoffnungen unkenntlich machte, hat der Deutsche Antifeminismus ihn aus seinen Reihen getrieben.“

Die sächsische Ebene.

In den „A. B. N.“ finden wir folgende zutreffende Ausführungen: „Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie rasch man heruntergeht, wenn man sich erst einmal auf eine sächsische Ebene begeben hat, liefern jetzt diejenigen Politiker, welche die Erbschaft Dr. Barth's angetreten haben. Sowohl Herr von Gerlach wie Dr. Freitsch sind nachher auf dem Standpunkt angelangt, Hilfsgruppen für die Sozialdemokratie zu werden. Der Erläuter hat in Halle bekanntlich eine Verammlung zu dem Zwecke abgehalten, um die Stimmen der Anhänger der Richtung Dr. Barth's von vornherein bei der bevorstehenden Erklärungsmaßnahme des sozialdemokratischen Kandidaten zuzuführen. Der zweite bemüht sich in Berlin, die Privatangelegenheiten in Handel und Gewerbe zum Eintritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu bewegen und so ihre Stimmen bei den bevorstehenden Erklärungsmaßnahmen zum Abgeordnetenhaus dem sozialdemokratischen Kandidaten zuzuführen. Das Bild der agitatorischen Tätigkeit wird aber erst vollständig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich sowohl in Halle wie in Berlin feineswegs um die Bekämpfung konservativer oder sozialistischer Kandidaten handelt. In beiden Fällen stehen den sozialdemokratischen Kandidaten vielmehr Angehörige der freimütigen Volkspartei, also der radikalsten Richtung aus dem bürgerlichen Liberalismus, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung gegenüber. Man wird hieraus den Schluss ziehen dürfen, daß die genannten Politiker nachher gerade zu der Auffassung des sozialdemokratischen Dresdener Parteitag gelangt sind, wonach alle bürgerlichen Parteien gleichmäßig zu bekämpfen sind. Willentlich wird man es bei dieser Entwicklung noch erleben können, daß die ehemals Partische demokratische Richtung sich über die Sozialdemokratie hinaus bis zum Anarchismus fortbildet.“

Russische Finanzen.

Der russische Finanzminister, der sich J. S. Moskau aufhält, wurde, wie wir in Nr. 482 der „Zoll. in W.“ ausgeführt haben, vom Präsidenten des dortigen Komitees mit einer längeren Rede begrüßt. In seiner Erwiderung sprach der Finanzminister zunächst seine Genugtuung darüber aus, daß die Moskauer Kaufmannschaft, die wichtigste Rußlands, anerkannt habe, daß die Finanz- und Kreditfrage des Reiches wesentlich gelöst habe. Der Minister wies darauf hin, wie es trotz des Krieges und der Unruhen in Innern möglich gewesen sei, auf die Einführung neuer Steuern zu verzichten. Die Finanzlage lasse sich ganz nicht mit der vor drei Jahren vergleichen. Die meisten Staatsposten seien um 21% in über 23% gestiegen und zwar, wie die Kaufmannschaft bezogen könne, ohne jegliche künstliche Maßregeln. Er habe das Recht, zu erklären, daß künstliche Maßregeln zur Hebung des Kredits in der Krise der Finanzverwaltung seien. Die Herstellung des Kredits sei nur das einfache Ergebnis der natürlichen Entwicklung. Jetzt habe das ordentliche Budget ohne Fehlbetrag, ja sogar mit einem Ueberschuß von 26,8 Millionen abgeschlossen. Das Ministerium habe dabei alles getan, um eine Ueberhebung der Steuerpflichtigen zu vermeiden. Der Minister wies weiter darauf hin, daß in anderen Ländern die des Budgets die Schwere der Steuern größer seien als in Rußland. Noch nie sei es vorgekommen, daß der Zinsfuß in Petersburg und Moskau niedriger gewesen sei als in Berlin. Heute sei er um 1/4% niedriger als in Berlin. Der Minister las schließlich, daß seine Reise nach dem fernen Osten hauptsächlich der Ostasienbahn gelte, die jetzt nur noch kommerziellen Interessen zu dienen habe.

Zur Einrichtung Ferreres

wird am Paris 14. Oktober, gemeldet: Die Aufhebungen dauern bis 1. Oktober nach. Zu verschiedenen Malen beruhten einige Hundert Manifestanten, die Internationale singend, vor die spanische Volkshaus zu ziehen. Doch wurden sie stets rechtzeitig auseinandergetrieben. Westlich wird berichtet, daß das Vorstadteigentum, das sich unter die Manifestanten gemischt hatte, einige Räder und Zeitungsfloße ausplünderte. Ein Wäch-

geheißt in der Avenue de Villiers wurde teilweise ausgeraubt. Der Versuch der Militär, in das Bureaux Comptoir d'Escompte auf dem Boulevard de Batignolles einzudringen, mißlang. Die gelagerten Kundgebungen hatten überhaupt einen sehr beschränkten Charakter. — Wie früher durch die ärztliche Untersuchung festgestellt wurde, riß die Wunde des Bräutens nicht von einem Revolver, sondern von einem gegen ihn abgefeuerten Revolver, der durch den hinter dem Bräutens liegende Edmund Dufresne getötet wurde. Die Augenbrauen des Bräutens sind ganz verbrannt. Auch andere Volgebarte erlitten Verletzungen, zum Teil durch Steinwürfe. Die Nacht der zum Teil lebensgefährlich erlebte den Mordtag. In der Wohnung der Wirtin Delatorre und Beil, die behauptet wird, den Schuhmann Dufresne durch Revolververwundung getötet zu haben und einen anderen durch Revolververwundung lebensgefährlich verletzt zu haben, heute morgen eine Durchsuchung vorzunehmen. Die Zahl der im Laufe des gelagerten Kriminalen Verurteilten wird auf ungefähr 100, die der Verhafteten auf 300 angegeben. — Die gesamte Presse beschäftigte sich mit der Einrichtung Ferreres und den gelagerten Straßenunruhen. Die republikanischen Blätter und selbst die gemäßigten geben in lebhaften Worten dem Behauern darüber Ausdruck, daß der König von Spanien keine Gnade wärd lieh. Die radikalen Blätter richten scharfe Angriffe gegen den Kaiser. Die Tragödie von Monjuich zeige, daß kein Mann nicht mehr mit Worten begnügt, sondern auch handeln. Man müsse wünschen, daß die Spanier aus dem Schicksal Ferreres die entsprechenden Lehren ziehen. Die sozialistische „Gumantiz“ schreibt: Die spanische Monarchie und die Kirche werden zusehends bald die von ihnen bezugenen Fehler erkennen und auf dem Königreich wird nunmehr ein unheilvoller Niedergang eintreten. Die Kirche hat bei zwei Millionen Menschen von neuen Verurteilungen und Spennochgerichten. Der „Sigaro“ schreibt: Die heftigsten Vorwürfe sind gestern abend gegen ihn gerichtet worden, daß er Ferrer handelt. Es handelt sich darum, die Ruhe und Ordnung bei uns aufrecht zu erhalten. Es handelt sich um die Verteidigung unserer Gesellschaft. Die Gefahr ist nicht mehr in Spanien, sie ist in unsern Straßen. Ferrer ist nur ein Wort. Der „Gaulois“ schreibt: Da der König von Spanien, der Kämpfer des Glaubens, der Ordnung und der Armee, den Kampf gegen die Anarchie begonnen hat, rufen wir: „Es lebe der gute katholische König“. In der Provinz, am lebendigen in den Süddepartements, hat die Nachricht von der Einrichtung Ferreres große Erregung hervorgerufen. Der Maire von Toulon ließ die Plätze auf Salzwasser legen. Die Bürgerausschüsse von Aix und Marseille hoben zum Zeichen der Trauer die Sitzung auf. In zahlreichen Städten Frankreichs fanden Kundgebungen statt, in denen Ferrer beherzigt und die spanische Regierung überaus heftig angegriffen wurde.

Am Montevideo, 15. Oktober, wird gemeldet: Auf Anregung der Arbeitervereine liegen die heiligen Annahmen gegen den Protest gegen die Einrichtung Ferreres die Arbeit ruhen und veranlassen einen von der Polizei genehmigten Umzug. Die spanische Gesandtschaft und das spanische Konsulat wurden ein. Das Rathaus in Lissabon flagge nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ zum Zeichen der Trauer über die Einrichtung Ferreres Halbtag. — In Buenos Aires rief die Einrichtung Ferreres in Arbeiterkreisen überall Bewegung hervor. Die Zeitungen glauben, daß dies eine gefährliche Periode für Spanien einleite und fordern zum Fortschritt der spanischen Dampfer und Waren auf. — Die Madrider Zeitung „Epoca“ bezieht den Standpunkt, daß die Einrichtung Ferreres nach dem Befehl des Landes zu Recht erfolgt sei, und will wissen, daß die Soldaten, die die Einrichtung vollzogen haben, sich freiwillig dazu angeboten hätten.

Als in Triest die Nachricht von der Einrichtung Ferreres bekannt wurde, zog eine starke Gruppe von Sozialisten, Wagnianern und einigen Anarchisten in die Nähe des spanischen Konsulats, wurde aber von der Polizei auseinander getrieben. — Die Arbeitsämmer in Rom hatte die Bevölkerung Rom aufgefordert, sich zur Veranlassung einer Kundgebung wegen der Einrichtung Ferreres auf der Piazza Colonna zu versammeln. Von da gegen Manifestanten nach dem Corso Umberto und verlustig waren, sich nach dem Kapitäl zu begeben, wurden aber von der Polizei auseinander getrieben. — Auch in Brüssel veranlassen aus Anlaß der Einrichtung Ferreres die Sozialisten am Mittwochabend in den Straßen der Stadt Kundgebungen gegen Spanien.

Aus Paris kommt schließlich noch folgende Meldung: In einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten erklärte Ferreres, die Ausschreitungen in der Umgebung der spanischen Botschaft seien von Wachen der äußeren Botschafts verübt worden, die zur Erleichterung ihrer Schändlichen Straßenspatzen sowie Räume umrissen und Dampfbomben in Brand steckten. Sie hätten auch versucht, die Schaulenier einer Kasse einzuschlagen. Mehr Angriffe seien nötig gewesen, um ihrer Herr zu werden. Briand hat Ferreres, genaue Angaben zu machen über den Zustand der verurteilten Schulpflicht, über die Lage ihrer Familien sowie über die zu verteilenden Besoldungen. Im Laufe des Abends sind ungefähr 50 Personen verhaftet worden.

Deutsches Reich.

Wiederbeginn der Bundesratsarbeiten. Nach Beendigung der Sommerferien, die allerdings nur kurz waren — denn es haben noch im Juli und Ende August Beratungen stattgefunden — nimmt der Bundesrat am heutigen Donnerstag seine regelmäßigen Sitzungen im Plenum wieder auf.

Eine Vertrauensfrage über die konservativen Reichstagsfraktion. Die konservativen Abgeordneten nahmen am Montag der „Mitteldeutschen Zeitung“ zufolge, in einer großen Delegiertenversammlung eine Entschädigung an, in der sie der Forderung der Partei bei der Reichsfinanzreform zustimmen und zum Zusammenhalten der Konservativen dringend auffordern. Ein Bündnis mit dem Zentrum sei niemals gedacht worden.

In Hamburg ist ein Senatorenverantwortlichkeitsgesetz beschlossen worden. Danach muß gegen diejenigen Senatoren, die verächtlich sind, durch ihre Amts-

führung die Verurteilung oder ein Gesetz verlegt oder durch ihr amtliches oder außeramtliches Verhalten der Achtung, die ihre Stellung erfordert, sich nicht würdig gezeigt zu haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Schadenersprüche können auf Anweisung der Finanzdeputation geltend gemacht werden.

Reichstagsmeldebahn für Wertpapiere. Amtlicher Nachmeldung zufolge hat die Reichstagsmeldebahn am Reichstagsmeldebahn für Wertpapiere in den ersten fünf Monaten laufenden Jahres 20,8 Millionen Mark gegen 13,1 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Unter diesen Einmalen befindet sich nur eine neue: die Stempelgebühren für Anteile eines deutschen Kolonialgesellschaften, die am 1. September erhoben wird. Sie hat sich im September auf 4000 Mk. beliefert.

Die Vorbereitung der Jahrmärkte. In Bezug auf die Auslegung der Liebergsbestimmungen in der Prüfungsschreibung für Jahrmärkte vom 15. März 1900 sind in einzelnen an die Behörden 1900 laut geworden, in welchem Umfange nach dem 1. Oktober 1900 die bisher erforderliche Schulbildung für das Jahrmärkte Studium noch als ausreichend gilt. Es sei deshalb darauf hinzuweisen, daß die Bestimmung in § 50 Absatz 1 der neuen Prüfungsschreibung, wonach Studierende, die vor dem 1. Dezember 1900 ihre Jahrmärkte Ausbildung begonnen haben und sich spätestens am 1. Oktober 1913 zur Ablegung der Jahrmärkte Prüfung melden, auf Antrag die Prüfung nach den bisherigen Vorschriften ablegen dürfen, sich selbstverständlich auch auf die Vorschriften über die schulpflichtigen Vorbereitung (§ 4 Nr. 1 der Prüfungsschreibung vom 8. Juli 1880) beziehen. Hieran haben Studierende der Jahrmärkte, die mit dem Reichstagsgesetz für die Prüfung eines deutschen Gymnasiums oder Realgymnasiums ihre Jahrmärkte Ausbildung nach vor dem 1. Dezember 1900 begonnen, aber die spätere Meldung zur Jahrmärkte Prüfung, sofern diese bis zum 1. Oktober 1913 erfolgt, hinsichtlich der Auslegung ihrer schulpflichtigen Vorbereitung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Reichsversicherungsanstalt und Reichsversicherungsanstalt. Die bestehenden privaten Vereine zur Krankenversicherung von Diensthilfen (Abonnement-Vereine in Berlin, Verbände in Sachsen und anderen Bundesstaaten) haben, da die neue Reichsversicherungsanstalt ihr weiteres Fortbestehen neben der einschüßlichen Versicherung der Arbeiter nicht zulassen würde, eine gemeinsame Eingabe bei der zuständigen Behörde eingebracht, um ihren Bestand nach Inkrafttreten der neuen Ordnung sicher zu stellen. Wie die „Zf.“, von interessierter Seite erfahren, dürfte es, obwohl eine Entscheidung hierüber bis jetzt noch nicht getroffen werden konnte, sehr fraglich sein, ob dem Verlangen nachgeben werden würde. Die Reichsversicherungsanstalt, deren Einführung wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen wird, auf folgende Weise:

Die Einbringung des Fiskalgesetzes. Das Landesökonomienkollegium hatte bekanntlich an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, das Fiskalgesetz gleichzeitig mit dem Wasserwerke dem Landtage vorzulegen. Wie die „Zf.“, an untergeordneter Stelle erfährt, hat sich jedoch bei der Regelung der gesetzgeberischen Materie leider Gehege herausgestellt, daß eine gleichzeitige Einbringung der Entwurfs nicht möglich ist. Man wird daher dem Ersuchen um gleichzeitige Einbringung beider Gesetze nicht Folge geben können, sondern es ist notwendig geworden, das Fiskalgesetz erst nach der Einbringung des Wasserwerkes zur Beratung im Parlament vorzulegen. Da, wie die „Zf.“, füglich meldete, das Wasserwerk triebhaken in der letzten Phase der Landtagsauslegung eingebracht werden wird, so geht hieraus hervor, daß das Fiskalgesetz in der nächsten Session des preussischen Parlaments nicht mehr vorzulegen sein können. Man wird sich nicht ohne weiteres auf die Fortsetzung des Fiskalgesetzes verweisen, in dem auch das Inkrafttreten der Fiskalgesetzbestimmungen geregelt wird, zur nächsten Tagung nicht entgegen.

Die Vorbereitung der Verwaltungsreform. Die für den 21. d. Mts. in Aussicht genommene Kollation der im Medialmission für die Vorbereitung der Verwaltungsreform ist auf den 12. November v. l. gelegt worden, weil die Mehrzahl der Mitglieder des ersten Interessentenkomitees, dessen Bericht über die Reichsreform in einzelnen Geschäftsbereichen auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht, zu dem zuerst in Aussicht genommenen Termine daran teilnehmen verhindert ist.

Der Zentralverband deutscher Industrieller und der Leipziger Hochschullehrer. Der Zentralverband veröffentlicht folgende Erklärung:

Herr Professor Max Weber-Heidelberg hat auf dem dritten Hochschullehrertag in Leipzig nach einem Berichte der „Leipziger Zeitung“ behauptet: „Herr Generaldirektor Weder hat nach Tugendpropheten gerufen und sich mit diesem Anliegen sogar an den Oberminister der Finanzen (Leipzig) schicklich gemeldet.“

Herr Professor Binding-Berlin erweiterte diese Behauptung des Herrn Professor Weber, indem er ausführte: „Es war eine bestimmte Interessengruppe an das Ministerium (sächsische) herangezogen und hatte um 20.000 Mk. zur Verfügung gestellt, wenn es einen Tugendprofessor nach Leipzig geschickt hätte.“

Das „Berliner Tageblatt“ vom 18. Oktober stellt noch einen Schritt weiter, indem es die Behauptung aufstellt, mit dieser Gruppe könne nur der Zentralverband deutscher Industrieller gemeint sein.

Sie können auf das bestimmte verzichten, daß weder Herr Weder, wie Herr Professor Weber behauptete, noch in Berlin verhandelt, wie das „Berliner Tageblatt“ behauptet, von der Sache irgend etwas bekannt ist.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Aus Wien wird berichtet: Das Kabinett Bismarck liegt vor einer neuerlichen Rekonstruktion oder Demission. Die Tischeben sind einflusslos, ihre Minister Jacek und Graf aus dem Kabinett abzurufen, falls der Minister aus Sonnabend beschließt, die Sprachengesetze der vier reindeutschen Kronländer, Oesterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg, dem Kaiser zur Sanktion zu unterbreiten. Dieser Beschluß ist mit Sicherheit zu erwarten, da nach einem Wort von einer der höchsten Stellen vor den Tischen nicht kapituliert wird. Nebenfalls sieben sich wieder zusammenstrebenden Abgeordnetenhaus heftigen Angriffe und turbulente Szenen seitens radikaler Fraktionen bevor. Die sächsische Presse bezieht das Kabinett Bismarck bereits als gefallen, da sich die Mehrheit der Polen ein Druck ausüben würde, um auch diese zur Abberufung der Minister Bismarck und Dubenska zu veranlassen. Falls die Demission des Gesamtministeriums erfolgt, gewinnt die Einsetzung eines neuen Gesamtministeriums, eventuell unter Baron Bismarck, an Wahrscheinlichkeit. Auch Gerüchte von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses sind wieder verbreitet.

Ein Balkanabkommen? Die Vorbereitung eines Bündnisses zwischen Serbien, Montenegro und Bulgarien, das schon

Zoolog. Garten.
Freitag, den 15. Oktober, von nachm. 3 1/2 Uhr ab
Grosses Symphonie-Konzert, ausgeführt vom gesamten Orchester des Inf.-Regts. Nr. 36. (Leitung: Regl.-Obermusikmeister O. Wiegert.)
Eintrittspreis: Erw. 50 Pfg., Kinder 30 Pfg.

Wellene gestrickte Golf-Jacken (weiss und farbig) 4880 für Damen und Mädchen. Grösste Auswahl bei **H. Schnee Nacht,** Gr. Steinstr. 24.

Walhalla-Theater
Direktor u. Besitzer: **Paul Blüthgen.**
Neu! **Hallesehe Neuigkeiten** Neu!
von **Ludwig Clermont.**
Neu! **Die Berliner Fliegwoche** Neu!
Bleriot, der Kanallieger, Latham mit seinem 100 Km-Wettflug, der Favorit Rougier etc.
Hierzu die glänzenden Attraktionen.
Heute, Donnerstag, nach der Vorstellung
II. Bunter Abend.
Mitwirkende: Grete Gallus, 4 Cometas, Kapellmeister Joseph Ludwig Clermont, Rich. Heinz und einige Gäste.
— Besucher vom I. Rang und Sperrsitze entreefrei. —
Morgen, Freitag:
Ehren- und Abschieds-Abend der grandiosen **Perezoff-Truppe.**
Ab Sonnabend neues Programm.

Soennecken's Eilfedern
Schreiben ohne Druckanwendung • Verschönern die Schrift
Überall vorrätig
Soennecken-Eilfeder
1 Auswahl (12 Federn) mit 1 Halter 50 Pfg. • 1 Gros Nr 108: M. 2.—
Berlin • F. SOENNECKEN Schreibfedern-Fabrik BONN • Leipzig

Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.
Bemerkenswerte Konzerte und Vorträge.
19. Okt. **I. Chopinabend** von Raoul Koczalski.
20. Okt. Agnes Kunde (Gesang) und Karl Klauer (Klavier).
26. Okt. **III. Philharmonisches Konzert.**
27. Okt. **Vorlesung** von Gerhart Hauptmann.
2. Nov. **I. Kammermusik-Abend.**
3. Nov. Sven Scholander.
4. Nov. **Liederabend** von Else Sievert.
8. Nov. **Marcell Salzer.**
9. Nov. **II. Chopinabend** von Raoul Koczalski.
10. Nov. **Elena Gerhardt — Artur Nikisch.**
16. Nov. **II. Philharmonisches Konzert.**
18. Nov. **Liederabend** von Marie Hildebrand.
25. Nov. **III. Chopinabend** von Raoul Koczalski.
27. Nov. **Vorlesung** Frank Wedekind.
29. Nov. **II. Kammermusikabend.**
4. Dez. **Lehrer-Gesangverein.**
8. Dez. **Klavierabend** von Alice Ripper.
10. Dez. **Klavierabend** von Marie Dubois.
14. Dez. **III. Philharmonisches Konzert.**
15. Dez. **IV. Chopinabend** von Raoul Koczalski.
10. Jan. **Neunte Symphonie, Dir. Felix Mottl.**
Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.

Tanzunterricht.
Gegen Ende d. Mts. eröffnen wir im „Hotel Kaiser Wilhelm“, Bernburgerstr. 12, unseren diesjährigen Unterricht für die **Schüler, die Kaufleute** und die **akademischen Zirkel.** Ein Sonderkursus für **jüngere Mädchen** beginnt **Mitte November.** Ged. Anmeldungen erbiten wir in unserer Wohnung in der Zeit von 11—4 Uhr. (4191)
F. Rocco, E. Rocco, Universitäts-Tanzlehrer, Bümenthalstr. 11. Kurfürstenstr. 8 (a. der Reilstr.).

Tanz-Unterricht.
Der I. Winter-Kursus meines Privat-Tanzzirkels beginnt **Mitte Oktober** in den **Thalia-Geleisen, Geffstr. 42a.** Gefl. Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung, **Strandenburgerstr. 11.**
Kleiner Zirkel sowie Einzel-Unterricht zu jeder Tages- und Abendzeit.
Ad. Fröbe, Tanzlehrer.

Musik. Anmeldungen zum **Klavier-Unterricht** für Anfänger und Vorgeschr. nimmt entgegen wochentags 12—1 Uhr. (508)
Nebige Adresse: **Eise Franke, geb. Lehmann,** Bernburgerstr. 41 p. abend, geb. Lehmann.
Für die Inserate verantwortlich: **Paul Kersten, Halle a. S.** Telefon 158.

Literarische Gesellschaft zu Halle a. S.

Programm der Veranstaltungen für den Winter 1909/10.

Montag, den 18. Oktober 1909: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. A. Riehl (Berlin); H. Ibsen: „Gestalten und Gedanken seiner Dichtung“.
Montag, den 1. November: Dr. Michael Georg Conrad (München): „Die Kulturmission der Dichtung“.
Montag, den 8. November: Prof. Dr. Oscar Walzel (Dresden): „Von Schiller und Goethe“. Rede zum Schillertag.
Montag, den 22. November: Thomas Mann (München): „Eigene Dichtungen“.
Montag, den 6. Dezember: Hermann Bahr (Wien): „Eigene Dichtungen“.
Montag, den 13. Dezember: Dr. Friedrich Naumann (Berlin-Schöneberg): „Kunst und Volk“.
Montag, den 10. Januar 1910: Karl Eukke (Nürnberg): „Eigene Dichtungen“.
Montag, den 24. Januar: Agnes Miegel (Königsberg): „Eigene Dichtungen“.
Montag, den 7. Februar: „Die Ballade in der Volksdichtung“. Vortrag von Ernst von Wolzogen mit Liederbeispielen, gesungen von Elsa Laura von Wolzogen (Darmstadt).
Paul Keller (Breslau): „Eigene Dichtungen“.
Montag, den 26. Februar: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Kühnemann (Breslau-Krieten): „Heinrich von Kleists menschliche und künstlerische Entwicklung“.
Montag, den 7. März: Die Vorträge — pünktlich 8 1/2 Uhr — finden im Saale der Lage zu den 3 Degen (Paradeplatz) statt. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen der Eintrittskarte für 1909/10 gestattet.
Halle a. S., im Oktober 1909.

Der geschäftsführende Ausschuss.
Oberingenieur Bacher, Geh. Sanitätsrat Dr. Scharf, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler, Staatsanwaltschafts-Rat Alelehen, Buchhändler Warnstorff (i. Fa. Ludw. Hofsetzler).

Radrennbahn Halle a. S.
Sonntag, den 17. Oktober cr., von nachmittags 3 1/2 Uhr an
Grosser Herausforderungsmatch
Stellbrink gegen Janke.
Dauerrennen mit Motorschrittmachern über 50 Kilometer.
Hochinteressante Wettkämpfe.
Eintrittspreis **50 u. 30 Pfg.**
Von Donnerstag ab Training.

Kaisersäle: Dienstag, 19. Okt., Dienstag, 9. Nov., Donnerstag, 25. Nov. u. Mittwoch, 15. Dez. 8 Uhr.
Chopin-Zyklus (Vier Klavier-Abende im A. Saal.)
Eingeleitet durch die Vorträge: I. Chopin als Komponist, II. F. Chopin (Biographische Skizze), III. Chopin als Pianist, IV. Allgemeine Bemerkungen zur Interpretierung Chopinscher Werke, des Hofpianisten [5417]
Raoul von Koczalsky.
Vor dem Spiel einer jeden Komposition wird der Konzertgeber in kurzgefasster, aber eingehender Weise das betreffende Werk auf seine formelle, rhythmische, melodische und harmonische Schönheiten analysieren.
Konzertbügel: Balthmer (Vertretung: Döll, Grosse Ulrichstrasse 35).
Abonnementskarten zu Mk. 12,40, 9,40, 6,40 u. 3,20, Einzelkarten zu Mk. 4,10, 3,10, 2,10, 1,05, sowie Programmbücher (ca. 100 Seiten stark) zu 60 Pfg. in der Hofmusikalienhandlung H. Hothan.

Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Poller.**
10 für Halle völlig neue Debuts!
Nur noch 2 Tage!
Grete Reutter, Humoristin mit nur **Otto Reutter-Original-Repertoire.**
7 Sennets.
Die einzige und unerreichte
Fantasia-Spiegel-Tänzerin
Mlle. Paquita [5569]
und die übrigen großen Attraktionen.
Gute, Donnerstag, den 14. Okt., nach der Vorstellung:
Gr. Künstler-Abend.
Auftreten von **Grete Reutter, Paul Förster, Trudy Shadow** u. c. c.
Streng dezentest Familien-Programm.
Besucher d. Logen, I. Rang und Parterre **freies Entree.**

August Scope, Feinbäckerei u. Konditorei,
Landwehrstr. 20. Telefon 1525
empfiehlt seine immer als vorzüglich anerkannten
gefüllten Pfannkuchen
und **ff. Spritzkuchen.**
Die zur Verwendung kommenden Füllungen sind garantiert rein, aus **frischen Himbeeren** und **Aprikosen-Früchten** von mir selbst eingekocht.

Oskar Klose,
Spezialhaus feiner Delikatessen,
Gr. Ulrichstrasse 55. — Fernsprecher 993.
Empfehle von soeben frisch eingetroffenen Zufahren:
La. Junge Vierländer Gänse, Enten, Poulets, Hähnchen, Brüsseler Poularden, frisch gesch. Hasen, Rehkrücken, Kehlen u. -Blätter.
Prachtvolle Fasanehähne und -Hennen.
Hochprima Holl. Austern, per Dtzd. 2,25, 100 St. 18 M.
Neue Braunschweiger Gemüse- und rhein. Früchte-Konserven.

Schreibstiftmächtige Militär-Handschuhe.
Gust. Liebermann, Bernburgerstr. 30.
Stadttheater in Halle a. S.
Freitag, den 15. Okt. 1909
34. Vorst. im Abonn. 2. Viertel, Juni 49. Male:
Oberon, König der Elfen.
Gr. romant. Feenoper in 4 Akten.
Musik von **G. M. v. Weber.**
Wiesbadener Bearbeitung.
Inszenierung für die hiesige Bühne:
Sofrat W. Nidards.
Spielleitung: **Theo Raven.**
Musikalische Leitung: **G. Wiegert.**
Personen:
Oberon, König der Elfen: Hr. Gruffelt.
Titania, Königin der Elfen: Lotte Wolf.
Puck: St. Schab.
Duell: H. Scholander.
Moorwächter: H. Fiebigler.
Statier Karl der Große: **Theo Raven.**
Höfn von Vordauze,
Ortwein v. Guttenne: **Bahnemann.**
Schwamin, I. Schütz:
H. Bergmann
Oraru al. Alajid,
Ralf von Hagdad: **R. Schölling.**
Regie, seine Tochter: **D. Algod.**
Wesru, Kaiserlicher Kammerer: **H. Kummereit.**
Babe-Rau: **Thron.**
Folger von Berken: **G. Rudolph.**
Fatime, Nejas Gespielin: **Strmg. Köhn.**
Jamel, der Summe des Adaltes: **Emil Kubben.**
Almanfar, Emir von Tunis: G. Pfund.
Rohdiana, seine Gespielin: **S. Hornom.**
Raffensöhne: **7 Uhr, Anf. 7 1/2 Uhr.**
Ende gegen 11 Uhr. 1568
Sonntags, den 16. Okt. 1909
35. Vorst. im Abonn. 3. Viertel.
Die Karolinger.
Süßerländer a. 110 Akt. an der Tages- und Abendstunde.
Nach Schluss der Vorstellung **Geführungen mit Heinen Juchis im 1543**
Weinhaus Broskowski.
Opernblätter bei Trathe, Poststr. 9/10.
Auswärtige Theater.
Freitag, den 15. Oktober 1909,
Leipzig (Neues Theater): Die Hübene.
Leipzig (Altes Theater): Die Welt ohne Männer.
Weimar (Hof-Theater): Eries.
Abonnements-Konzert.
Magenburg (Stadt-Theater): Der Freischütz.
Erfurt (Stadt-Theater): Zar und Zimmermann.

Neues Theater.
Freitag, den 15. Okt. 1909
Zum letzten Male:
Raub der Sabinerinnen.
Schwank von B. und R. von Schönthan.
Loge zu den fünf Türmen (Albrechtsstrasse)
Morgen (Freitag) abends 8 Uhr
Lieder- und Balladen-Abend
von
Dr. Hermann Brause.
— Vollständiges Programm an den Anschlagstafeln. —
Eintrittskarten zu 3,10, 2,10, 1,55 und 1,05 Mk. in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Etablissement Wintergarten,
Inh. **Paul Zscheyge,**
3 Minuten vom Hauptbahnhof,
finden täglich von 4—7 Uhr und 8—12 Uhr
Künstler-Konzerte
statt, ausgeführt von nur erstklassigen Künstlern.
Angenehmer Aufenthalt. — **Guter Familienverkehr.**

Färberei Mauersberger, Chemische Reinigungs-Anstalt.
Auf meine Spezial-Abteilung für Reinigung von Herren-Garderobe mache ich besonders aufmerksam.
6 Läden am Platz.
Fernsprecher 1248 und 1252.

Zur Anpflanzung und Dekoration
empfehle in gesunder Borte:
Hochamurrosen, Kleitrosen, Buskrosen, hohe u. niedrige Johannis- und Stachelbeeren, Strauchrosen, Akeber, Schneebälle, Ulmen, Ahorn, Kastanien, Schlingpflanzen, Souffler, Efeu, Stauden, Lorbeerkränze, Hydranten und Dekorationspflanzen, Blumentannen, Balkontannen, schön und dunkelgrün voll garantiert.
Bernhard Möllers, Handlungsgärtnerei zum Hofgarten.
Fahrpreis 10 Pfg. (4451)
Mit 2 Beilagen.

